

Analyse statt Etiketten

Richard Höhmann



Verantwortlicher
für marxistische
Theorie und Bildung
im Sekretariat des
Parteivorstandes der
DKP, Mülheim

Der Parteienforscher Wolfgang Merkel warnte 2016:¹ Gerechte Verteilung gesellschaftlichen Wohlstands, der Wesenskern linker Politik, sei heute fast gänzlich in den Hintergrund getreten. Stattdessen dominierten kulturelle und identitätspolitische Themen. Stand heute müsste ergänzt werden: Die Psychologisierung politischer Prozesse ersetzt zunehmend die Analyse deren Wesens. Betrachtet werden Erscheinungsformen und nicht die Lebenslage und Handlungsgründe der Subjekte. Das erschwert die Doppelaufgabe antifaschistischen Handelns, auf die Hans-Jürgen Urban (IG Metall) zu Recht hinweist:

»So wichtig die klare Kante gegen die Ideologen, Organisatoren und Ga-lionsfiguren der rechten Bewegungen ist: Genauso wichtig ist ein Angebot an diejenigen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, die täglich vom sozialen Abstieg bedroht sind und die ihre Lebensbiographie entwertet und verraten sehen.«²

Das betrifft die Arbeiterklasse, aber auch in zunehmendem Maße die Mittelschicht. Umsetzen, was Urban fordert, heißt: Aufhören, in den Phrasen des Politikmarketings und der selbstbezogenen Echokammern zu denken und zu reden. Stattdessen genauer hinschauen, sauber analysieren und nicht über die Stöckchen zu springen, die andere hinhalten.

Ein solches Stöckchen ist die Warnung vor einer »Querfront«. Ohne wenn und aber – Querfrontstrategien muss eine deutliche Absage erteilt werden. Faschistischen, offen rassistischen oder Faschisten in ihren Reihen dulden-de Organisationen darf keinerlei Spielraum für ihre Entfaltung gegeben wird. Aber das hingehaltene Stöckchen will etwas anderes: Es will diese richtige und notwendige Orientierung denunziatorisch missbrauchen. Es will, das wir anderen vorschnell Etiketten auf die Stirn kleben. Beschriftet mit Begriffen, die im Ungefähren bleiben wie »rechtsoffen« oder »rechts-esoterisch« – frei interpretierbar und beliebig einsetzbar. Bestens geeignet zur Ausgrenzung der Menschen, die ihr Unbehagen und die Ablehnung etablierter Politik bisher nur auf der Ebene der Oberflächenphänomene

Totalitäre
Meinungsmache
der politischen
Mitte

- 1 <https://www.zeit.de/campus/2016-06/politisches-engagement-junge-linke-studenten-parteilzugehoerigkeit>
- 2 Ulrich Brinkmann / Maren Hassan-Beik / Lukas Zappino. »Solidarität und Skepsis – Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung«, Hamburg, 2020, S. 9.

formulieren können. FRIEDEN-LINKS³ beklagt zurecht »eine totalitäre Meinungsmache der politischen ›Mitte‹«. Mittlerweile gelte als »rechts« nahezu »jegliches vom Normativen abweichende Verhalten.«

Entpolitisierung
des Faschismus-
begriff

Die Verwendung unbestimmter Begriffe wie »rechtsoffen« verwischt die Trennschärfe zum Faschismus. Sie unterscheidet nicht zwischen Oberflächenphänomen und dem Wesenskern. Sie verharrt in der spontanen Wahrnehmung beim Betrachten von Demonstrationsplakaten. Das trägt dazu bei, den Faschismusbegriff zu entpolitisieren. In der Folge wird hinweggesehen über die realen Entwicklungsbedingungen des Bewusstseins derjenigen, die sich politisch bewegen. Zugleich wird ausgeblendet, was eng miteinander verwoben ist: Der Krieg und die dahinterliegenden reaktionären gesellschaftlichen Strukturen des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium, die ihn gesetzmäßig hervorbringen und für die der Faschismus eine mögliche Herrschafts-Variante sein kann. Flick, die IG Farben und die Deutsche Bank standen sinnbildlich für den Zusammenhang von Faschismus und Finanzkapital. Das zusammen zu sehen und zu denken scheint zunehmend verloren zu gehen. Faschismus verliert sich in der Wahrnehmung vieler Engagierter im Dunkelfeld »irgendwo«, irgendwie »ganz rechts«. Die faschistische Gefahr wird vorrangig bei den Personen verortet, die rechtes Gedankengut äußern. Hinzu kommt: Die aktuelle antifaschistische Bewegung in Deutschland ist deutlich fixiert auf bestimmte Bilder und Erscheinungsformen. Wir erwarten Faschismus in den Formen und Anmutungen von gestern. Der Blickwinkel wird dadurch verengt. Die Analyse fehleranfällig. Darauf hatte schon 1976 der marxistische Faschismusforscher Kurt Gossweiler hingewiesen.⁴

Verwirrung
im inneren
Farbkasten

In diesem Sinne provozierte Peter Hacks im Jahr 1992. Hacks sagt, die Konterrevolution in der DDR reflektierend, den Höhenflug der DVU und der Republikaner vor Augen zur Gefahr eines aufkommenden Faschismus:

»Alle kapitalistischen Parteien sind ein Federbett und ein Hintergrund und ein Nährboden, aber sie sind nicht geeignet, die Organisation hervorzubringen. Sondern dazu braucht man zunächst eine Splittergruppe, die sich entschließt, dieses Geschäft zu übernehmen. Ich nehme an, in Deutschland werden es die Grünen und dieses Bündnis 90 sein. (...) Also, die sind der Schoß, aber der Schoß ist nicht die Sache. Und die Sache muß irgendwo aus einer Keimzelle keimen, das ist ein Gesetz: Wer einmal geschlagen ist, kann nicht unter demselben Namen wiederkommen. Der braucht eine neue Maske. Deshalb glaube ich auch, daß eben nicht in Deutschland die beiden Naziparteien die Keimzelle werden, sondern jemand, auf den man nicht kommt. Und diese weinenden

3 <https://frieden-links.de/2023/04/thesenpapier-friedensbewegung-rechtsoffen/>

4 Kurt Gossweiler, Aufsätze zum Faschismus Band 1, Köln 1988, S. 353 f.

Kleinbürgerorganisationen, die gegen alles sind und überhaupt nicht wissen, wofür sie sind, die eignen sich. Es ist ein bißchen Prophezeiung drin. Wir werden es sehen.»⁵

Hacks Worte mögen provozieren. Auch wenn man sie nicht teilt: Vielleicht lenken sie den Blick auf unseren »inneren Farbkasten«, bei dem einiges durcheinander gewirbelt wird. R2G als »progressiver Block« hat sich ins Nirwana verflüchtigt. Spätestens seit der »Zeitenwende« scheint nichts wie gewohnt. Weder die Farbenlehre noch die gewohnten Verortungen in rechts und links. Vielleicht provoziert Hacks auch Nachdenken darüber, ob es aktuell zur Durchsetzung aggressiver imperialistischer Politik, die Kriege führt und große Kriege vorbereitet (Stichwort China) und zugleich den autoritären Sicherheitsstaat ausbaut und aushärtet, faschistischer Kräfte bedarf?! Die Grünen im Verbund mit der SPD übernehmen diese Aufgabe mit Bravour, FDP und CDU/CSU assistieren dies absichernd und staatsmonopolistisch tragend innerhalb und außerhalb der Regierung. Die Ruhe an der Heimatfront scheint gesichert, ist aber grundsätzlich labil. Stellschraube ist die Beeinflussung des subjektiven Faktors.

Der Faschismusforscher Reinhard Opitz nennt es das »monopolkapitalistische Integrationsproblem.« Opitz setzt an zwei historischen Entwicklungen an. Zum einen der Eigendynamik kapitalistischer Konzentrationsprozesse und deren funktionelles Ineinandergreifen auf der Basis des monopolkapitalistischen Gesamtinteresses.⁶ Zum anderen dem von der Arbeiterklasse erzwungenen allgemeinen Wahlrecht mit der potentiellen Gefahr für das Großkapital, »jederzeit von der Majorität überstimmt zu werden«. Seitdem laute das innenpolitische Grundproblem: »Wie gelingt es, daß eine ausschließlich an den objektiven Klasseninteressen der monopolkapitalistischen Minderheit orientierte Politik (...) im Rahmen eines formaldemokratischen Herrschaftssystems durchgeführt werden kann? Die gängige Antwort besteht in dem Versuch (...), das subjektive Bewußtsein der nichtmonopolistischen Schichten so weitgehend wie nur möglich von der Einsicht in ihre objektiven Interessen abzuziehen, mit dem Ziel, ihnen die dem Monopolkapital dienende jeweilige Politik als Ausdruck ihres eigenen Interesses erscheinen zu lassen. Dabei kommt dem Monopolkapital zustatten, daß schon die gesellschaftliche Wirklichkeit selbst das Bewußtsein verfälscht: Die kapitalistische Wirklichkeit fördert zuallererst kapitalistisches Denken.«⁷

Hierbei geht es nicht um bloße Manipulation. Thomas Metscher⁸ verweist auf Werner Seppmanns Begriff des »herrschenden Denkens« und

Entfremdung
und verzerrte
Bewusstseins-
formen

5 Peter Hacks: Marxistische Hinsichten. Seite 302. Gespräch mit Tichy.

6 https://nrw-archiv.vvn-bda.de/texte/1846_opitz_antifaschismus.htm

7 ebenda

8 Thomas Metscher, »Postmoderne und imperialistische Gesellschaft«, Zeitschrift Z. Nr. 62, Juni 2005, <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/844.postmoderne-und-imperialistische-gesellschaft.html>

den »fundamentalen Widerspruch innerhalb des gegenwärtigen Alltagsbewusstseins«. Die Alltagsorientierungen besäßen einen »Doppelcharakter«. Sie seien nicht einfach nur »falsches Bewusstsein«, sondern zugleich auch Gedankenformen, »mit denen die Menschen ihr Leben bewältigen«. Sie ermöglichten die Orientierung in einer begrenzten Praxiskonstellation, blendeten dabei aber das gesellschaftliche Ganze notwendig aus. Dieser »Umschlag von individueller Rationalität in soziale Irrationalität« habe sein formationsspezifisches Äquivalent in dem Widerspruch, der den entwickelten Kapitalismus als ganzen auszeichne. Als Vergesellschaftungsweise habe dieser »die Rationalität in den Teilbereichen extrem gesteigert (...), das Zusammenspiel der technischen wie auch der sozialen Kräfte aber dem blind produzierten ›Zufall‹ überantwortet«. Er bringe deshalb »permanent Entfremdung und verzerrte Bewusstseinsformen hervor«. Verwiesen sei damit auf einen fundamentalen Widerspruch, der den Kern der gegenwärtigen imperialistischen Gesellschaft, ja das Ensemble ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse betrifft: der enormen Steigerung von Partialrationalitäten steht die Irrationalität des Ganzen dieser Gesellschaft ohne Vermittlung gegenüber.

Die Verarbeitung der Alltagserfahrungen, insbesondere von Krisenerfahrungen im Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten ist eine Schlüsselfrage nicht nur für die Herrschenden. Clara Zetkin hat schon 1923 hingewiesen: *»nicht nur um die Seelen der Proletarier, sondern auch um die Seelen der Klein- und Mittelbürger zu kämpfen«*⁹. Ebenso Opitz: *»Gerade diejenigen Schichten und Gruppen, bei denen ein Umschlagen ihres falschen Bewußtseins in faschistische Mentalität am ehesten zu befürchten ist, dürfen am wenigsten als Adressat der antifaschistischen Arbeit vernachlässigt werden.«*¹⁰

Den Kampf
um die Seelen
aufnehmen

Der Umgang mit Menschen im Einflussbereich neuer Bewegungen und Strukturen ist eine Nagelprobe dafür. Tausende Menschen haben seit 2022 an Veranstaltungen der »Handwerker für den Frieden« teilgenommen, initiiert von der Kreishandwerkerschaft Anhalt. Die Handwerker fordern »Friedenspolitik statt Krieg, keine Waffenlieferungen an die Ukraine sowie den Stopp von Sanktionen«. Auf dem von ihnen organisierten Friedenskongress in Dessau im April dieses Jahres, auf dem Rainer Braun vom internationalen Friedensbüro und die Publizistin Gabriele Krone-Schmalz sprachen, vertraten die ausschließlich das friedenspolitische Anliegen der Handwerker. Dennoch wurde auf verschiedenen Internetplattformen versucht, die Handwerker in die rechte Ecke zu rücken.

Die Zusammenarbeit mit friedenspolitischen Strukturen, an denen auch aus den Corona-Demos hervorgegangene Aktivistinnen und Organi-

9 Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus, in: Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau 12.–23. Juni 1923, Beilage der MBL 2–2003

10 Opitz, ebenda.

sationen wie die Partei DIE BASIS beteiligt waren, führt mancherorts zu heftigen Debatten. Mit der Begründung »Die Tür nach rechts bleibt zu«, die genannten Strukturen seien »rechts-esoterisch«, wird jede Zusammenarbeit abgelehnt – obwohl die friedenspolitischen Forderungen nahezu deckungsgleich sind.

Ein genauer Blick zeigt: Bei der Partei Die Basis bilden deren Frontleute eine bunte Mischung. In NRW ist der friedenspolitische Sprecher ein ehemaliger Landtagsabgeordneter der Linkspartei. Eine Untersuchung der Heinrich-Böll-Stiftung für Baden Württemberg¹¹, stellt fest: »Um es noch einmal deutlich zu betonen: Die Partei-Neugründung die Basis ist keine genuin extrem rechte Partei. Ausweislich ihres Programms ist die Partei weder nationalistisch noch konservativ. (...) Die allermeisten Kandidat:innen und Funktionär:innen wiesen keine oder keine bekannte rechte Polit- Biografie auf. Ein partei-politisches Vorleben finde sich eher bei Grünen, Linkspartei oder anderen nicht-rechten Parteien.« Die Partei fungiere »als Sammelbecken, auch für im Zuge der Corona-Krise Neupolitisierte und Protest-Wähler:innen.« Sie übernehme »Inhalte der Straßenbewegung und wurde so zum parlamentarischen Arm der Bewegung der Pandemie-Leugner:innen.«

Die Ergebnisse des »Forschungsschwerpunkts Rechtsextremismus/ Neonazismus (FORENA)« der Uni Düsseldorf aus 2021¹² zeigte, dass die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen bislang nicht von den sogenannten Anti-Corona-Protesten profitieren konnte: Weder der AFD noch extrem rechte Splitterparteien sei es bisher erkennbar gelungen, sich an die Spitze solcher Proteste zu setzen oder die eigene Anhängerschaft durch Protestteilnahme in nennenswertem Ausmaß zu vergrößern. Ebenso wenig seien Effekte bei den Kommunalwahlen im September 2020 zu verzeichnen gewesen.

Laut einer Studie der Uni Basel¹³ handelt es sich sozialstrukturell um eine alte und akademische Bewegung. Der Anteil Selbstständiger ist mit 25 % deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung. 18 % haben zuletzt die Linke und 23 % die Grünen gewählt. Fremden- oder islamfeindliche Haltung sei nicht festzustellen. Der Nationalsozialismus werde seltener verharmlost als in der Gesamtbevölkerung. Eine große Mehrheit will es Menschen aus anderen Ländern erlauben, ins Land zu kommen und dauerhaft hier zu leben. Mehr als 70 % seien gegen eine Privatisierung der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen, nur 28 % gegen die Umverteilung der Einkommen. Die Befragten vertrauten der parlamentarischen Demokratie, den Medien und der Wissenschaft nicht bzw. nicht mehr. In

11 <https://www.boell-bw.de/de/2022/11/07/partei-diebasis-nicht-auf-der-basis-von-tatsachen>

12 https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/CoRE_Kurzgutachten3_2020.pdf

13 <https://osf.io/preprints/socarxiv/8f4pb/> sowie https://soziologie.philhist.unibas.ch/file-admin/user_upload/soziologie/Die_Proteste_gegen_die_Corona-Massnahmen.pdf

der Zivilgesellschaft, in Vereinen und in anderen Organisationen seien sie jedoch aktiv und verhalten sich in ihrer Lebensführung durchaus politisch. Viele von ihnen seien neu-politisiert, fast die Hälfte von ihnen haben in der Vergangenheit noch an keinem anderen Protest teilgenommen.

Dem Vorwurf einer unkritischen Nähe zur rechten und Neonazi-Szene liegt die Widersprüchlichkeit der Bewegung zugrunde. Die Studie der Uni Basel verweist darauf, dass die Kritik an den Verhältnissen (in der Studie als »durchrationalisierte Hypermoderne« bezeichnet) zu allerlei irrationalen »anthroposophischen Denkweisen, dem Glauben an die natürlichen Selbstheilungskräfte des Körpers, Forderungen nach mehr spirituellem Denken« führt.¹⁴

Ähnlichkeiten zur bürgerlichen Lebensreformbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts fallen auf. Diese beantwortete die Zumutung der Verstädterung und der Industrialisierung mit der individuellen Flucht in alternative Lebensformen. Die spätbürgerliche Ideologie, auf der die Lebensreformbewegung wurzelt, bildete den Flickenteppich der etwa ab 1900 aufkommenden Anthroposophie, liefert aber auch Versatzstücke für die Anfang des 20. Jahrhunderts sich herausbildenden faschistischen Bewegungen. Sie gehört auch zu den Quellströmungen bei der Herausbildung der GRÜNEN. Die Grünen hatten in ihrer Gründungsphase keine Probleme, erzreaktionäre und profaschistische Persönlichkeiten an ihrer Spitze zu haben.¹⁵ Bei der Partei DIE PIRATEN können wir ähnliches beobachten.¹⁶ Der »Entfremdung« und dem »Misstrauen« liegen reale Verhältnisse zugrunde. Die Abstiegsängste nicht nur der Mittelschichten sind nicht eingebildet. Es sind »verquere« Reflexe auf Umbrüche und Zumutungen des neoliberalen Systems, wie sie auch die Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage der Hans-Böckler-Stiftung aus 2/2022 bestätigen.¹⁷

Ein Weiteres sollten wir beachten: Eine der Hauptfunktionen von rechtspopulistischen und faschistischen Strukturen ist die Kanalisierung von Protest in eine Richtung, die den Herrschenden nicht schadet. Bedrohungsszenarien von »Flüchtlingswellen«, »Kriminalität arabischer Klans, die unsere Städte im Griff haben«, »Organisierter Sozialhilfebetrug rumänischer Banden« sind kein krudes Zeug brauner Postillen. Im Gegenteil – Sie stammen aus der Mitte der Gesellschaft! Es sind die Nachrichten zur Primetime. Sie erzielen ihr Wirkung und entfalten ihre Ideologie im Alltagserleben unserer spätkapitalistischen Gesellschaft: Der Konkurrenz um einen Job, um die knappen Wohnungen, um die Kindergartenplätze. Rechtspopulisten, AFD und Co., aber auch SPD-Politiker (Sarrazin), CDU/CSU entwickeln daraus eine politische Agenda. Das zeigt Wirkung

14 ebenda.

15 <https://www.boell-bw.de/de/2021/11/04/oekologie-von-rechts>

16 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/piraten-debatte-um-rechtsextreme-und-sexistische-mitglieder-a-827120.html>

17 https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-08256

auch in der Arbeiterklasse – vor allem bei den Teilen, die von Abstieg betroffen oder bedroht sind. Rezipiert wird imperialistische Ideologie. Nicht randständiges, sondern Mainstream. Der Wahlerfolg von AFD oder aktuell der Partei »Bürger in Wut« in Bremen und Bremerhaven erklärt sich auch daraus.

Gibt es im Sinne Clara Zetkins Mittel dagegen? Kann man auf Etiketten und Ausgrenzung verzichten? Peter Mertens von der PdA Belgiens berichtet darüber.

Solidarisches
Miteinander statt
Ohnmachts-
erfahrung

»Wir haben gemerkt, dass die rechten Parteien wahnsinnig erfolgreich waren mit den Geschichten, die sie erzählen. Die fangen bei ganz konkreten Dingen an und verallgemeinern das dann in Richtung einer allgemeineren imperialistischen Agenda. Aber sie beginnen mit kleinen Vorkommnissen, zum Beispiel Betrugsfällen, in denen Leute fälschlicherweise Sozialleistungen oder Behindertenaufschläge bekommen haben. Solche Geschichten schaffen es auf die Titelseiten. (...) Und dann gibt es eine Linke (...) die darauf mit Statistiken zur Ungleichverteilung und Einkommenstabellen antwortet, Sachen, die alle gut und schön sind, aber ganz abstrakt bleiben und emotional nicht ankommen. Diese Linke erreicht die Gehirne, aber nicht die Herzen. Wir müssen auch von links unsere Stories im echten Leben finden und erst von da aus allgemeiner werden.«¹⁸

Ähnliches kann die KPÖ in Graz und Salzburg berichten, ebenso unsere DKP-Mitglieder in Bottrop, Gladbeck, Mörfelden, Reinheim und anderen Gemeinden.

Das bestätigt auch, was Prof. Brinkmann und sein Team der TH Darmstadt bei gewerkschaftlich Aktiven gefunden hat.¹⁹ Bei den prekär Beschäftigten lag der Anteil von AFD-Sympathisanten bei 30 %. »Da wo die Verunsicherung am größten ist und die Ohnmachtserfahrung vorherrscht, da gewinnt die AfD«, so Brinkmann. Eigenes Versagen werde heute als individuelles Versagen gesehen, und nicht in Zusammenhang von den Prägungen durch gesellschaftliche Strukturen. In den letzten Jahrzehnten seien die Erfahrungen von Kollektivität verloren gegangen und ein langer Prozess der Erosion von kulturellem Selbstverständnis habe eingesetzt. In diese Verunsicherung stoße die AfD hinein: sie mache Deutungsangebote, z. B. werde der Verteilungskampf umgedeutet in einen Kampf zwischen Deutschen und Flüchtlingen. Die Gewerkschaften spielten eine eminent

18 Siehe MBL Ausgabe März 2019

19 <https://www.politnetz-darmstadt.de/node/27791>. Ulrich Brinkmann / Maren Hassan-Beik / Lukas Zappino. »Solidarität und Skepsis -Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung, Hamburg, 2020 <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0342-300X-2019-3-202.pdf>

wichtige Rolle. Sie genießen nach wie vor ein berechtigtes großes Vertrauen. 85% aller Befragten wünschten sich eine offensivere und stärker konfliktorientierte Gewerkschaftspolitik. Das müssten sich die Gewerkschaften unbedingt vergegenwärtigen. Nur wenn sie kämpften, könnten sie diesen Vertrauensvorschuss behalten. Die Erfahrung kollektiven Handelns sei wichtig, das Gefühl gemeinsam etwas durchsetzen zu können. Nur so könne den Beschäftigten die Ohnmachtserfahrung genommen werden. Grundsätzlich sei es ein Fehler, nicht mit denen zu reden, die die AfD wählen. Es sei falsch, sie einfach als Nazis oder Rassisten zu beschimpfen. »Dann machen die dicht und hören uns nicht mehr zu. Das sind ja nicht alles Nazis. Das sind Leute, die bei den letzten Wahlen oft noch Linkspartei oder SPD gewählt haben. Das ist das Problem wenn gesagt wird, das seinen alles Rassisten: Dass man mit denen nicht mehr redet. Wir müssen mit denen reden, müssen ihnen zuhören, damit wir auf ihre Argumente eingehen können.« Es gehe darum, Ursachen sozialer Konflikte aufzuzeigen und z. B. durch solidarisches Miteinander und Kampforientierung zu zeigen, dass Veränderungen durch Solidarität möglich sind.

**MARXISTISCHE
BLÄTTER** *Seit 1963*
www.marxistische-blaetter.de

Einladung zur Video-Konferenz

Leser (w/m/d) treffen Redakteure

Thema: Das aktuelle Heft der Marxistischen Blätter

Sonntag, 20. August 2023, ab 10.30 Uhr

Im Vorfeld unseres 60. Geburtstages im November 2023 wollen wir den Dialog und Meinungsaustausch mit unseren Abonnent:innen intensivieren. Der »Test-Lauf« von »Treffpunkt Redaktion« in 2022 war aus Sicht aller bisher Beteiligten so fruchtbar, dass wir das Projekt 2023 fortführen und den Kreis der Teilnehmenden gerne vergrößern würden.

**Anmeldungen bitte bis 15. August
per E-Mail an
redaktion@marxistische-blaetter.de**

Achtung: Teilnehmer:innen bisheriger Treffpunkt-Veranstaltungen werden automatisch eingeladen, müssen sich also nicht erneut anmelden.